DURCHBLICK

Nr. 183 - April 2015

Nachrichten der Landesseniorenvertretung Bremen für die Seniorinnen und Senioren in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Caring Community
Die zukünftige Gestaltung von Wohnquartieren

Das Gefühl, ein Zuhause zu haben, ist in jedem Lebensalter wichtig, aber der Mangel an bezahlbarem Wohnraum nimmt zu. Von dieser Entwicklung sind sowohl jüngere als auch ältere Menschen betroffen. Aber letztere haben erfahrungsgemäß größere Probleme damit, weil es bei ihnen nicht nur um die Bezahlbarkeit einer Wohnung, sondern auch um Barrierefreiheit, Wohnumfeld und Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen geht. Ältere verbringen allgemein mehr Zeit zu Hause als jüngere Menschen. Sie sind häufiger in ihrer Mobilität eingeschränkt und haben auch größere Schwierigkeiten, sich zu versorgen und den Anschluss an das gesellschaftliche Leben zu behalten.

Die Beschaffung von Wohnraum ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb gibt es auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene Institutionen und Programme, die sich mit der Frage auseinandersetzen, wie wir in Zukunft miteinander wohnen und leben wollen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) setzt sich dabei insbesondere für zukunftsorientierte Wohn- und Lebensformen für ältere und hochbetagte Menschen ein. Sie hat zum Thema „Wohnen im Alter“ 2014 ein ausführliches Positionspapier erstellt. Darin heißt es: Angesichts „des wachsenden Hilfsbedarfs in einer älter werdenden Gesellschaft wird es in Zukunft verstärkt darauf ankommen, dass sich Menschen aller Generationen, Kulturen und Milieus aktiv an der Gestaltung des sozialen Miteinanders in ihren Wohnquartieren beteiligen“ und sich für ihr Quartier einsetzen. „Aufgabe der kommunalen Sozialplanung und Stadtentwicklung ist es, dem dazu notwendigen bürgerschaftlichen Engagement Raum und Unterstützung zu geben und damit eine mitverantwortliche Nachbarschaft im Sinne einer Caring Community (sorgende Gemeinschaft) im Quartier zu fördern.“

Im Einzelnen wird gefordert:

1. Bezahlbares Wohnen im Alter, z.B. Anpassung des gesetzlichen Wohngelds an die Kostenentwicklung, Neubelebung des sozialen Wohnungsbaus, Förderung von Investitionen in familien- und alternsgerechte Neubauten und Bestandssanierungen;
2. Barrierearme Häuser und Wohnungen;
3. Gesetzliche Grundlagen für Barrierefreiheit bei Neubauten und Kernsanierungen;
4. Vielfalt unterstützender Wohnformen; Realisierung nachbarschaftlicher Hilfe
5. Entwicklung und Verbreitung technikbasierter Assistenzsysteme
6. Sensibilisierung von Architekten und Handwerkern für barrierefreies und barrierearmes Bauen
7. Information, Beratung und Begleitung für die Betroffenen
8. Präventive und alternsorientierte Gestaltung eines aktivierenden, sicheren Wohnumfelds
9. Schaffung neuer und Ausbau bestehender sozialer und kultureller Begegnungsorte
10. Wohnortnahe Einrichtung eines funktionierenden öffentlichen Personennahverkehrs
11. Wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen, die eine selbständige Lebensführung unterstützen.

Das Positionspapier der BAGSO begründet und erläutert diese Forderungen genauer und betont auch die Notwendigkeit der Förderung von informellen sozialen Netzen in den Wohnquartieren. Dazu gehören Familie und Nachbarschaft, gemeinschaftliche Wohnformen, Angebote von ehrenamtlichen und von bezahlbaren haushaltsnahen Dienstleistungen, insgesamt eine Kombination von Begegnung, Beratung und Hilfe, die eine möglichst unkomplizierte und bezahlbare Unterstützung und Sicherheit bietet.

Mit dem Thema Bezahlbares Wohnen im Alter beschäftigt sich auch der Arbeitskreis *Bauen, Wohnen und Verkehr* der Bremer Seniorenvertretung. Das Positionspapier der BAGSO dürfte dabei eine wertvolle Hilfe sein, insbesondere auch hinsichtlich der Möglichkeiten, in Wohnquartieren auf die Bildung einer Caring Community hinzuarbeiten.

(**Quelle:** BAGSO, „Wohnen im Alter – oder: Wie wollen wir morgen leben?“, Bonn 2014)

Gerd Feller

Aus der Senioren-Vertretung der Stadtgemeinde Bremen

Faktencheck
Armut unter Menschen mit Migrationshintergrund
3.Teil: Situation in Bremen

In der Stadt Bremen sind 23% der Bevölkerung von Armut gefährdet. Die Armut bedroht am stärksten überschuldete Menschen, Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern und Kinder aus sozial schwachen Familienverhältnissen.

Leistungs- und Grundsicherungsempfänger

Bremen (Stadt)	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
Leistungsempfänger (> 40 Jahre)	72.386	20.885
Grundsicherungsempfänger (> 65 Jahre)	9.595	1.918

(**Quelle:** Stat. Landesamt Bremen.2013)

Armutsvergleich nach Stadtteilen (Auswahl)

Bevölkerung	Gröpelingen	Huchting
insgesamt	35.565	29.269
davon **Migranten**	15.631 (44%)	10.932 (37%)
Durchschnittl. jährl. Einkommen	18.234 €	23.528 €
Grundsicherungsempfänger	926	648
davon **Ältere > 65 Jahre**	523 (56%)	469 (72%)
Migranten	216	183
	Hemelingen	**Schwachhausen**
insgesamt	42.097	38.185
davon **Migranten**	13.096 (31%)	6.349 (16,6%)
Durchschnittl. jährl. Einkommen	25.844 €	48.283 €
Grundsicherungsempfänger	565	291
davon **Ältere > 65 Jahre**	296 (52%)	206 (70,7%)
Migranten	132	39

(**Quelle:** Statist. Landesamt Bremen 2013)

Wohlstandsstufen in Bremen
Anteil der Migranten

Wohlstandsstufe	Einkommen in Euro	Anzahl Ortsteile	Anteil Migranten in %
privilegierter und gesicherter Wohlstand	50.001 - 101.750	13 z.B. Oberneuland, Borgfeld, Schwachhausen	15
gesicherter und bescheidener Wohlstand	33.382 - 50.000	28 z.B. Arsten, Osterholz, Horn-Lehe	15,1 – 26,6
bescheidener und prekärer Wohlstand	25.001 - 33.381	21 z.B. Mahndorf, Walle, Huchting	26,7 - 40
Verfestigte Armut	bis 25.000	16 z.B. Gröpelingen, Hemelingen, Tenever, Kattenturm	40,1 – 61,6

(**Quelle:** Institut Arbeit und Wirtschaft, Universität Bremen)

Grundsicherung im Alter (65+) außerhalb von Einrichtungen

Alle Leistungsempfänger	Land Bremen	Stadt Bremen	Bremerhaven
2007	5.860	4.592	1.387
2012	7.137	5.742	1.387

Ausländische Leistungsempfänger	Land Bremen	Stadt Bremen	Bremerhaven
2007	1.468	1.286	182
2012	1.759	1.546	213

(**Quelle:** Lebenslagen im Land Bremen, 2014, S.57/58)

Anteil der Frauen (65 und älter) an den Leistungen nach dem 4.Kap. SGB XII e.v.E.

	Land Bremen	Stadt Bremen	Bremerhaven
2007	68,9%	67,7%	73,2%
2012	64,9%	64,1%	68,2%

(Quelle: Lebenslagen im Land Bremen, 2014, S. 58)

In Bremen leben 27.500 Kinder (33%) in Armut oder mit einem hohen Armutsrisiko. In 12 Ortsteilen Bremens beträgt der Anteil armer und von Armut bedrohter Kinder 30-40%, in 4 Ortsteilen sogar 50%.

Auch die älteren Menschen haben finanzielle Probleme. Wenn Ihnen weniger als 60% des mittleren Einkommens zur Verfügung stehen, droht Armut. Trotz vieler Arbeitsjahre haben sie Schwie-

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

rigkeiten, ihren täglichen Bedarf decken zu können.

Wenn auch der Anteil der Frauen im o.a. Zeitraum etwas zurückgegangen ist, wird deutlich, dass sie generell stärker durch Armut gefährdet sind.

Anteil ausländischer Leistungsbezieherinnen nach dem 4. Kapitel SGB XII (65 und älter) an allen ausländischen Leistungsempfängern/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Grundsicherung im Alter (65 J. und älter) außerhalb von Einrichtungen			
Anteil weiblich	**Land Bremen**	**Stadt Bremen**	**Bremerhaven**
2007	61%	60,3%	66,5%
2012	62,4	61,9%	65,7%

(**Quelle:** Lebenslagen im Land Bemen, 2014, S.59)

Von allen Frauen im Land Bremen, die 2012 Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII a.v.E. erhalten haben, sind 23,7% (2012) ausländische Frauen. In Stadt Bremen sind es 26,0% und in Bremerhaven 14,8%. Insgesamt ist der Anteil der Frauen in der Gruppe der Leistungsempfänger gegenüber 2007 angestiegen.
(**Quelle:** Lebenslagen im Land Bremen, 2014, S.59).

Von den im Land Bremen lebenden Menschen gelten ca. 23% (2012) trotz positiver Konjunkturentwicklung und rückläufiger Arbeitslosenzahlen als armutsgefährdet. 2007 lag die Armutsgefährdungsquote im Land Bremen bei 19,1%. „Das Land Bremen liegt damit weit über dem Bundesdurchschnitt von 15,1%. Im Großstadtvergleich liegt die Stadtgemeinde Bremen ebenfalls mit 22,3% im oberen Drittel und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 15,2%.“
(**Quelle**: Lebenslagen im Land Bremen, 2014, S.267).

Die Ursachen der Bedrohung durch Armut sind sehr vielschichtig und überwiegend die gleichen für beide Herkunftsgruppen, aber es bestehen auch einige Unterschiede. Der Armuts- und Reichtumsbericht 2014 (AuRB) stellt fest, dass die bei Migranten/Migrantinnen vielfach schon bestehenden kulturell bedingten Schwellen zur gesellschaftlichen Teilhabe durch „materielle Einschränkungen weiter verstärkt“ werden und „höhere und frühere Unterstützungs- und Versorgungsbedarfe“ entstehen. Diese können „in den Migrantenfamilien nicht oder nicht mehr so aufgefangen werden, wie dies früher in den Familienstrukturen der Herkunftsländer üblich war“. Allgemein stellt der Bericht fest, dass Migranten zunehmend zu der Gruppe gehören, die von Armut bedroht wird. Doch für beide Herkunftsgruppen gilt, dass besonders „Personen mit geringen Qualifikationsniveaus“ armutsgefährdet sind. „In Bremen betrifft dies 2012 rd. 40% der Personen mit niedrigem Qualifikationsniveau. Grundsätzlich ist das Armutsrisiko für alle Qualifikationsniveaus und im Zeitverlauf gestiegen, dennoch hat die Gefährdung für niedrige Qualifikationsniveaus“ besonders stark zugenommen, vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund. (**Quelle:** Lebenslagen im Land Bremen, Oktober 2014, S.123).

Die Datensammlung im Bremer AuRB 2014 ist außerordentlich umfangreich. Der DURCHBLICK kann nicht auf alle Merkmale eingehen, die eine Armutsgefährdung generell oder auf eine bestimmte Gruppe bezogen indizieren. Aber er kann mit seinen Hinweisen vielleicht das Interesse wecken und auf eine Quelle aufmerksam machen, die dazu Material liefert.

Die ausgewählten Zahlen sollen ein erstes Bild davon ermöglichen, welche Rolle die Armutsentwicklung im Land Bremen bei Menschen mit Migrationshintergrund spielt. Wer tiefer in das Thema eindringen möchte, findet den AuRB 2014 *Lebenslagen im Land Bremen* im Internet unter:
www. 2.armuts- und reichtumsbericht bremen 2014

Der Arbeitskreis *Seniorenpolitik* der Bremer Seniorenvertretung wird sich weiter mit dem Problem der Armutsentwicklung befassen. Dabei richtet sich der Blick nicht nur auf die gegenwärtige Lage älterer Menschen, sondern vor allem auf die Zukunft der jüngeren Generationen, die im Alter vor erheblichen Versorgungsproblemen stehen werden, wenn weiterhin sinnvolle Reformen bei Ausbildung, Arbeitsmarkt und Rentensystem verzögert werden. Die Seniorenvertretung hat das Thema in den letzten Jahren mehrfach regelmäßig behandelt und dazu auch öffentlich Stellung bezogen. Der DURCHBLICK berichtete darüber. (vgl. Ausgaben des DURCHBLICK Jg. 2012-2014).

Zeynep Sümer/Gerd Feller

Aus den Arbeitskreisen

Am 24. Februar 2015 traf sich der **AK Bauen, Wohnen und Verkehr** zu einer Sitzung mit dem Thema Bezahlbarer Wohnraum für ältere Menschen. Dazu war Jürgen Pohlmann (MdBB). eingeladen. Er ist im Vorstand der Bremer SPD, Mitglied im Stiftungsrat Wohnliche Stadt und im Aufsichtsrat der GEWOBA. Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung gehören zu seinen politischen Spezialgebieten, so dass der AK ausführliche, sachgemäße Antworten auf seine Fragen zur Wohnsituation in Bremen erwarten durfte. Leider wurde daraus nichts, weil Jürgen Pohlmann Opfer der zu dieser Zeit bestehenden Grippewelle wurde. Die Begegnung mit ihm musste also verschoben werden.

Stattdessen fand eine lebhafte Diskussion zwischen den AK-Mitgliedern zum Thema Wohnen statt. Es blieb für viele von ihnen Zeit, einmal über ihre eigenen Erfahrungen mit Wohnen

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

und Wohnraum zu sprechen und sich über notwendige Entwicklungen austauschen zu können. Heinz-Otto Mohrmann, Sprecher des AK, konnte als langjähriger Mitarbeiter in der Baubehörde einige sachliche Informationen einflechten. Am Schluss blieb die Frage unbeantwortet, ob man nicht den Sozialen Wohnungsbau in der Form wieder aufleben lassen könnte, wie er in den 50er und 60er Jahren erfolgreich in Bremen praktiziert wurde. Das wird dann wohl auf einer neuen Sitzung mit Jürgen Pohlmann geklärt werden können. GF

Mitglieder des **AK Öffentlichkeit** haben am 15.03 2015 den Stand der Bremer Seniorenvertretung auf der „Aktivoli“ vorbereitet und den Tag über betreut. Die SV bedankt sich herzlich!

Am 17.03.15 fand eine Ak-Sitzung statt. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wurde zuerst über die Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2014 gesprochen. Die wesentlichen Instrumente zur Darstellung der Aufgaben, Positionen und Ergenisse der seniorenpolitischen Arbeit der Bremer Seniorenvertretung sind Fernsehen, Hörfunk, Publikationen in der Presse und in altersorientierten Medien, auf Internetportalen und im eigenen Nachrichtenorgan DURCHBLICK . 74 Präsentationen fanden statt, davon überwiegend Beiträge in der Presse und auf Internetseiten. Die Öffentlichkeitsarbeit war zufriedenstellend und hat zugenommen. Es zeichnet sich bereits ab, dass sich die Zahl der Publikationen in der gesamten Legislaturperiode 2011 bis 2015 verdoppelt hat.

Außerdem wurde ein schon seit längerer Zeit existierender Plan zur genaueren Definition der Arbeitsbereiche des **AK Öffentlichkeit** diskutiert. In Zukunft sollen 4 Aufgabenbereiche eingerichtet werden:

- Öffentliche Präsentation
- Öffentlichkeitsarbeit in Ortsteilen und Verbänden
- Projektentwicklung und -begleitung
- Gestaltung und Pflege des SV-Internetportals

Die Details dazu werden bis zum Herbst so weit entwickelt, dass nach der ersten Delegiertenversammlung in der neuen Legislaturperiode mit der Umsetzung im AK begonnen werden kann.

Ab 16:00 Uhr erläuterte Alexander Künzel, der Vorstandsvorsitzende der Bremer Heimstiftung, wie man in der Zivilgesellschaft auch die Kompetenzen der älteren Menschen durch nachberufliches Engagement systematisch stärken und besser nutzen kann. Darüber wird ausführlicher in einer der nächsten Ausgaben des DURCHBLCK berichtet. GF

Zur Diskussion gestellt

von Gerd Feller

Vorsicht vor riskanten Spielen!

Es scheint so, als würden die Minsker Verträge eingehalten, mal abgesehen von einigen Scharmützeln, die sich die verfeindeten Parteien hier und da noch liefern. Wenn es gelingt, den Konflikt in der Ukraine ohne weitere Waffengewalt politisch zu lösen, haben wir Europäer wahrscheinlich sehr großes Glück gehabt. Wir wissen nicht, wie nah wir der Katastrophe eines erneuten europäischen Flächenbrands wirklich waren. Aber das politische und militärische Szenarium hat bei vielen Menschen Ängste hervorgerufen, insbesondere bei den älteren Jahrgängen, die in ihrer Kindheit und Jugend teils schreckliche Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Nachkriegsjahren gemacht haben und später während der Zeit des „Kalten Krieges“ und während der Konflikte im Balkan ständig wieder um den Frieden bangen mussten. Man denke nur an die Kuba-Krise.

Ich glaube, nicht nur die Kampfhandlungen beim Ukraine-Konflikt wurden als Bedrohung empfunden. Auf unserem Globus wird ja ständig irgendwo verantwortungslos Krieg gespielt und zum Leidwesen der Bevölkerung herumgeballert. Wenn auch diese Kriegsschauplätze weit entfernt von uns sind, so erzeugen die dortigen Ereignisse Mitleid für die Menschen, die unschuldig in den Schlamassel hineingezogen wurden. Sie wünschten sich wie wir nichts anderes, als in Frieden und Selbstbestimmung zu leben. Durch verantwortungslose Machtpolitik und ideologischen Wahnsinn haben sie ihr Hab und Gut, ihre Gesundheit oder gar ihr Leben verloren. Viele Gespräche mit Bremern zeigten, dass gerade die ältere kriegsgeschädigte Generation besonders auch darüber beunruhigt ist, dass anscheinend in der Politik wieder die Bereitschaft wächst, Krisen und Konflikte mit militärischen Mitteln zu bewältigen.

Zwar hat sich die Bundesregierung erfreulicherweise entschlossen, den Ukraine-Konflikt durch Vernunft und Verhandlungen lösen zu helfen, aber gleichzeitig wurden in Deutschland wieder einmal Stimmen laut, die weltweite militärische Einsätze nicht mehr ausschließen wollen, und einige Natostaaten und deren Heerführer rasselten bereits gefährlich mit den Säbeln, die USA an vorderster Stelle. Man hält provozierende Manöver in Grenznähe und im Schwarzen Meer ab und sendet Truppenkontingente ins Krisengebiet, die als Ausbilder deklariert werden. Russland hat die Wunden des II.Weltkriegs anscheinend auch

(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

schon vergessen. Es verletzt das Völkerrecht und und beteiligt sich offen und ungeniert direkt an den Kriegshandlungen. Die eine Seite droht, ihre Sympathieträger in der Kriegszone mit Waffen zu versorgen, die andere unterstützt ihre Klientel bereits mit Kampftruppen und Kriegsmaterial. Und die Vereinten Nationen sehen sich in New York den fürchterlichen Spuk in aller Ruhe aus sicherer Entfernung an. Putin wird durch Geschichtsklitterung mit Hitler verglichen, man unterstellt den Russen bereits den Appetit auf das Baltikum und verstärkt dort die Luftkontrolle. Im Nahen Osten laufen ebenso Aktionen, bei denen die Rechtfertigung militärischer Einsätze von Natoländern noch nicht zufriedenstellend geklärt ist. Das alles sind sehr riskante provokative Spielchen, vielleicht inszeniert, um zum Wohle der Waffenschmieden die Aufrüstung anzukurbeln und das Volk von der Notwendigkeit einer Europäischen Armee zu überzeugen und allmählich auf ernstere militärische Zugriffe vorzubereiten.

Solche Aktivitäten dürften für die ältere Generation aufgrund ihrer leidgeprüften Erfahrungen mit dem Krieg und seinen katastrophalen Folgen kaum nachvollziehbar sein. Ich jedenfalls habe kein Interesse daran, dass ich mein Leben abschließe in ähnlichen Verhältnissen, unter denen ich es in Kindheit und Jugend beginnen musste. Ich möchte auch nicht, dass meine Kinder und Enkelkinder als Kanonenfutter für verantwortungslose Politiker und Militärs herhalten müssen. Kriegsabenteuer haben bisher immer ein schlechtes Ende genommen. Die Bevölkerung hat schrecklich gelitten, die Länder und Städte sind verheert, die Waffenindustrie hat ein gutes, wenn auch tödliches Geschäft getätigt, die Militärs, sofern sie sich als Sieger sehen, besingen im Glanz der Orden ihr Heldentum und die verantwortlichen Politiker suchen Schuldige, initiieren Gedenkfeiern, halten staatstragende Trauerreden und verdammen den Krieg, den sie ausgelöst haben. In der Ukraine sind mehr als 5.000 Menschen völlig überflüssig geopfert worden. The same procedure at every war !

Es ist mir schon klar, dass Deutschlands Sicherheit untrennbar mit der politischen Entwicklung Europas und der Welt verbunden ist. Ich weiß auch, dass durch die zunehmende internationale Verflechtung auf allen Gebieten die Abhängigkeiten der Staaten untereinander wächst und diese Entwicklung auch die jeweilige Sicherheitspolitik in immer stärkerem Maße beeinflusst. Der „Schutz der Bürger und Bürgerinnen Deutschlands“, die „Erhaltung der territorialen Integrität und Souveränität“ Deutschlands und seiner Verbündeten und die „Wahrnehmung internationaler Verantwortung“ (verteidigungspolitische Ziele, 2011) zwingen uns aber nicht, jedes politische Theater der Bündnispartner mitzumachen und uns an riskanten Kriegsspielchen zu beteiligen. Kampfeinsätze der Bundeswehr sind nur zur direkten Verteidigung unseres Landes oder auf Grund eines UNO-Mandats vertretbar. Und das sollte auch so bleiben. Gefährliche, provozierende, unkalkulierbare und Krieg anheizende Muskelspiele sollten vermieden werden. Gefragt ist ein Handeln mit politischer Vernunft entsprechend den Werten und Grundsätzen einer freiheitlichen, friedlich gesinnten demokratischen Ordnung, wie sie unser Grundgesetz und das Völkerrecht vorschreiben.

Zu den Ereignissen im Zusammenhang mit der Ukraine sollten die Seniorinnen/Senioren nicht schweigen. Sie haben nach dem II.Weltkrieg dieses Land wieder aufgebaut und für den Frieden gearbeitet. Es gilt, die Stimme gegen den Krieg zu erheben, sonst läuft man Gefahr, von nachfolgenden Generationen für die Folgen mit verantwortlich gemacht zu werden.

Deshalb sollte die Bremer Seniorenvertretung an alle Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft appellieren, in ihren Parteien auf allen Ebenen alles Mögliche zu tun, was nötig ist, Deutschland und Europa vor weiterem Kriegsleid zu bewahren, und sich nicht leichtfertig an völkerrechtlich fragwürdigen Machenschaften zu beteiligen. Es sollte auch in Zukunft für die deutsche Regierung, den Bundestag und den Bundesrat weiter der Grundsatz gelten, den Verhandlungen die höchste Priorität einzuräumen und den Krieg als politisches Instrument abzulehnen. Die Demokratie soll sich verteidigen, sie soll auch anderen Staaten helfen, aber sie muss auch sorgfältig alle Folgen ihres Handelns bedenken. Wer mit dem Säbel rasselt und sich an leichtfertiger, die Wahrheit verschleiernder Propaganda und gewaltorientierten Provokationen beteiligt, der muss nachdrücklich zur Ordnung gerufen werden.

Mit einer geballten Faust kann man keinen Händedruck wechseln.

Indira Ghandi

Seniorenforum

Menschlicher Wahnsinn

Das globale Terrornetzwerk wächst. Wie man der Presse entnehmen konnte, verbündet sich jetzt Boko Haram im Norden Nigerias mit der Dschihadisten-Miliz IS. Härte und Brutalität, Mord und Totschlag steigern sich bis ins Unendliche.

Dazu fällt mir nur noch ein Zitat aus Friedrich Schillers Lied von der Glocke ein:

(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

"Gefährlich ist's, den Leu zu wecken,
verderblich ist des Tigers Zahn.
Jedoch der schrecklichste der Schrecken,
das ist der Mensch in seinem Wahn."

Mit Immanuel Kant möchte ich gerade deswegen noch einen friedvollen Wunsch äußern: "Trachtet allererst nach dem Reiche der reinen praktischen Vernunft und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch euer Zweck (die Wohltat des ewigen Friedens) von selbst zufallen". Fanatikern und Wahnsinnigen wird dieser Gedanke wohl nie kommen. (**Quelle:** Kant, Zum ewigen Frieden, 1795)

Hans-Ulrich Janetzki, Bremen

Was gewährleisten Krankenkassen? Wer zahlt die Zeche?

Die Krankenkassen stellen sich als Gewährleister der Krankenversorger dar, aber ihre Aufgaben haben längst eine ganz andere Ausrichtung genommen. Wer kennt die Schlagworte der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nicht? Sicherstellung hervorragender Leistungen, bester Service, eine exelente persönliche Beratung und individuelle Tarife. Stimmt das eigentlich? Die tatsächlichen Gegebenheiten erzeugen Zweifel.

Die zu zahlenden Leistungen zur Gesundung von Krankheiten sind im Sozialgesetzbuch pauschal aufgeführt. Im Detail und konkret bestimmt der Gemeinsame Bundesausschuss Ärzte/Krankenkassen/Krankenhäuser die Diagnostik- und Therapiemaßnahmen. Die Leistungserbringer, also die Ärzte in den Praxen, die Krankenhäuser, die zugelassenen Physiotherapeuten, Zahnärzte, Orthopädie-Werkstätten, Apotheken u.a. rechnen ihre Leistungen über Rechenzentren mit den Kassenärztlichen Vereinigungen oder direkt mit der jeweiligen Krankenkasse ab. Einfluss auf Qualität und Intensität von Diagnostik und Therapie hat die einzelne Kasse nicht. Sie muss sich auf gemeinsame Verträge der Kassenverbände bzw. auf Honorarregelungen der Kassenärztlichen Vereinigungen verlassen, dass diese für die Qualität und Quantität ihrer Erbringer der ärztlich/medizinischen Leistungen einstehen.

Das notwendige finanzielle Aufkommen zur Abwicklung der Bezahlungen aller Aufwendungen (also gesetzlich gebundene Leistungen und kasseneigene Wettbewerbs-Angebote) für Versicherte übernehmen die Mitglieder, die Arbeitgeber, Sozialbehörde u.a. mit ihren Beiträgen. Die Einnahmen fließen zunächst in den Gesundheitsfonds beim Bundesversicherungsamt. Nach einem gesetzlichen Schlüssel werden die Erlöse auf die einzelnen Krankenkassen verteilt, damit die Rechnungsstellungen der oben erwähnten Leistungserbringer und alle anderen Ausgaben befriedigt werden.

Die Behauptungen der Krankenkassen, dass sie für hervorragende Leistungen sorgen, ist ein Märchen. Vielmehr sind die gesetzlich abgedeckten Leistungen Beschlüsse des *Gemeinsamen Bundesausschusses* und haben den Anteil von 95% bei allen gesetzlichen Krankenkassen. Nachweislich neue wissenschaftliche Erkenntnisse einer besseren Krankenversorgung werden von den Funktionären im *Gemeinsamen Bundesausschuss* aus naheliegenden Gründen viel zu oft blockiert.

Die einzelnen Krankenkassen dürfen für etwa 5% der zu finanzierenden Leistungen unterschiedliche Wettbewerbsangebote anbieten. Die Finanzierungen erfolgen durch alle Mitglieder (Arbeitnehmer, Rentner) einer Kasse durch die neuerdings erhobenen Zusatzbeiträge in der Differenz zwischen dem gesetzlichen Beitragsanteil von 7,3% (AG/AN 14,6%) und dem tatsächlich erhobenen Beitrag von 15,5% oder etwas weniger.

Die bezeichneten Wettbewerbs-Angebote sind bei jeder Krankenkasse unterschiedlich. Hier geht es nicht um eine notwendige Krankenversorgung sondern um Prävention. Beispielhaft sind Bonuspunkte (für jährlich 100 Euro) bei Nachweis eines gesunden Lebensstils, also Gesundheitskurse zur Ernährung, Bewegung und Entspannung, kostenlose Zahnreinigungen, Akupunktur , Alternative Arzneien, Autogenes Training, Bachblütentherapie, Reiseangebote, Gesundheitskurse im Urlaub u.v.a.

Ich möchte gar nicht bestreiten, dass die genannten Präventionen nicht sinnvoll sind. Aber es ist einfach ungerecht, dass die vielen Mitglieder, die für ihre Gesundheit ohne Inanspruchnahme der Krankenkasse gesund leben und Sport treiben, hier die Zeche mitbezahlen müssen. Der Staat hält sich so von Finanzierungen trotz der gesellschaftspolitischen Verpflichtungen heraus und verweist auf Zuständigkeiten der Sozialversicherungen. Die bisher aus dem Bundeshaushalt gewährten Steuermittel als Zuschuss zur Krankenversicherung sind mittlerweile erneut gekürzt worden. Selbst Fremdleistungen und Auslandsleistungen der Kassen sind schon mit dem gegenwärtigen Zuschuss nicht mehr finanzierbar und gehen teilweise bereits zu Lasten der Beitragszahler.

Bei einer von mir vorgenommenen vorsichtigen Schätzung sind bei einer der größten Krankenkassen in Deutschland rund 6.000 Mitarbeiter (etwa 35% der Gesamt-Mitarbeiterschaft) überwiegend mit Aufgaben der Mitgliederwerbeaktionen, der Mitglieder-Haltearbeiten unter Einschluss der vorgenannten Angebotsaufzählungen eingesetzt.

(Fortsetzung auf Seite 7)

Hier handelt es sich um Aufgaben, die die Bunaufsicht einvernehmlich mit der Politik für gerechtfertigt hält! Was für ein Irrsinn an Aufwendungen zu Lasten der Mitglieder.

Dieser Artikel soll zur Aufklärung dienen. Es gibt noch sehr viel andere aufwendige Ausgabenbelastungen, die aber alle vom Gesetzgeber gedeckt sind und nichts mit der Absicherung der Versicherten im Falle seiner Erkrankung zu tun haben. Es ist in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen, dass ein Abbau der unvorstellbaren Bürokratie erfolgen wird. Nicht einmal mit strafferen Strukturen im Gesundheitswesen ist in den nächsten Jahren zu rechnen. Zuviele Lobbyisten bestimmen, wer die Zeche zu zahlen hat – nämlich Bürger/Bürgerinnen, die die Einkommenspflichtgrenze in der Krankenversicherung nicht erreichen. Günter Steffen, Lemwerder

Die Beiträge im Seniorenforum geben die persönliche Meinung ihrer Verfasser wieder.

Aufsuchende Altenarbeit – Hausbesuche in Gröpelingen

Nachdem schon mehrfach auf die *Aufsuchende Altenarbeit – Hausbesuche* im DURCHBLICK hingewiesen und in der Märzausgabe speziell über das entsprechende Projekt in Obervieland berichtet wurde, stellt die Bremer Seniorenvertretung diesmal die Situation im Stadtteil Gröpelingen vor. Kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit ist eine wichtige Voraussetzung für die Einrichtung, Entwicklung und Bestandserhaltung solcher Angebote, die helfen sollen, Isolation und Ausschluss von gesellschaftlicher Teilnahme im Leben der älteren Menschen zu vermeiden. Deshalb schließt sich der DURCHBLICK kontinuierlicher Berichterstattung an.

In Gröpelingen wurde das Projekt 2013 eingerichtet und hat sich seitdem schrittweise weiterentwickelt. Dort ist die *Aufsuchende Altenarbeit* ein fester Bestandteil des Arbeitskreises *Älter werden im Bremer Westen,* der vom *Gesundheitstreffpunkt West* koordiniert wird. Außerdem wird die inhaltliche Arbeit der *Aufsuchenden Altenarbeit* in Gröpelingen von einer *Lenkungsgruppe* begleitet, die sich aus 9 Stadtteileinrichtungen zusammensetzt. Weiterhin ist die *Aufsuchende Altenarbeit* aktives Mitglied im *Träger- und Mieterverbund des Stiftungsdorfes Gröpelingen*.

Das Kernteam
v.l.: Hicran Gündogdu, Hans Günter Böttjer, Astrid Gallinger, Gabriele Jungwirt (Freiwillige)

Seit 2014 besteht auch eine Kooperation mit dem *Förderwerk Bremen* im Rahmen einer Beschäftigungsmaßnahme für Seniorenscouts. Damit hat sich ein Netzwerk entwickelt, das sich für alle älteren Menschen im Bremer Westen engagiert.

Das Kernteam der *Aufsuchenden Altenarbeit* in Gröpelingen besteht aus 3 hauptamtlichen Fachkräften, die von einer freiwilligen Kraft unterstützt werden. Obwohl es nicht ganz einfach ist, freiwillige Mitarbeiter zu finden, hat es das Kernteam 2014 geschafft, zusätzlich einen festen Stamm von 8 Freiwilligen im Alter von 21-75 Jahren zu bilden. Darüber hinaus waren, wenn auch zeitlich begrenzt, drei Migrantinnen als Seniorenbegleiterinnen tätig.

Da im Stadtteil Gröpelingen viele ältere Menschen mit Migrationshintergrund leben, wird besonderer Wert darauf gelegt, auch zukünftig sowohl beim freiwilligen Engagement als auch bei der Versorgung mit Beratungs- und Hilfsangeboten die Migrantinnen/Migranten einzubeziehen. Deshalb gehört zum Kernteam auch eine türkischsprachige Kollegin. Sie kümmert sich um die Erstkontakte zu älteren Migranten und ist zugleich als Sozial- und Pflegeberaterin beim *Zentrum für Migranten und interkulturelle Studien (ZIS)* tätig.

Im Jahr 2014 waren Arbeitsschwerpunkte die Öffentlichkeitsarbeit, der Besuchsdienst, die Suche nach Freiwilligen dafür, deren Begleitung und Fortbildung, Kooperationsgespräche, Netzwerkarbeit und die Stärkung von Nachbarschaften und Selbsthilfepotenzialen.

Es wurden in Einzelgesprächen insgesamt ca. 100 ältere Menschen, davon 80% Frauen und 20% Männer, und/oder deren Angehörige persönlich in der Anlaufstelle oder telefonisch beraten und über spezifische Angebote informiert.

Bei insgesamt 32 Personen wurden regelmäßig Hausbesuche durchgeführt. Darunter waren 27 Frauen und 5 Männer. Alle wohnen im Stadtteil Gröpelingen. Aus Oslebshausen gab es zu den Hausbesuchen bislang nur wenige Anfragen. 27 Menschen leben allein, 3 befinden sich in einer stationären Pflegeeinrichtung und 2 Personen wohnen mit Ehepartnern in einem gemeinsamen Haushalt. Die Hälfte der Ratsuchenden wurde durch die Vermittlung von Netzwerkpartnern auf die Angebote des Kernteams aufmerksam, die andere Hälfte hat von sich aus nachgefragt. Ein knappes Drittel der Personen hat Migrationshintergrund. 17 der Besuchten leben von ergänzender Grundsicherung. Alle anderen beziehen eine Rente, die teilweise nur knapp über der Grundsicherung liegt.

Das Kernteam führte in 2014 insgesamt 146 Hausbesuche durch, davon 21 Erstbesuche. Wenn auch manche Hausbesuche durch man-

(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

gelnde Kooperation, auf besonderen Wunsch, durch Umzug in ein Pflegeheim und durch Überleitung in Nachbarschaftshilfe oder Tagespflege beendet wurde, stehen Ende 2014 noch 5 Personen auf einer Warteliste für regelmäßige Besuche und Begleitungen.

Zu den grundsätzlichen Angeboten der *Aufsuchenden Altenarbeit*, z.B. Beratung, Begleitung und Hausbesuche, gehören auch Aktivitäten in sozialen Nahbereichen älterer Menschen, etwa in unmittelbarer Nachbarschaft, im kleinräumigen Wohnquartier und im Stadtteil. Das kann ein Nachbarschaftsfrühstück oder ein Nachbarschaftstreff, eine Gesprächstunde, eine thematisch gezielte Informationsveranstaltung oder ein kleiner Ausflug sein. Solche Events, die sorgfältig vor- und nachbereitet werden müssen, hat auch das Kernteam in Gröpelingen erfolgreich absolviert. Hier sieht man ein großes Entwicklungspotenial. Gerade solche nachbarschaftlichen Gruppenaktivitäten fördern neben der Eins-zu-eins-Begleitung im Rahmen der Hausbesuche die Anteilnahme und Teilhabe vieler älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben.

Durch das Engagement der Gröpelinger *Aufsuchenden Altenarbeit* im Jahr 2014 ist es gelungen, den Bekanntheitsgrad des Projekts im Stadtteil zu steigern. Die Nachfrage nach Hausbesuchen hat zugenommen. Ein großes Problem bleibt die Suche nach Freiwilligen, die bereit sind, ältere Menschen zu Hause zu besuchen, sie zu aktivieren und zu Veranstaltungen zu begleiten.

Die Bremer Seniorenvertretung setzt sich seit Jahren für die Einrichtung der Aktion *Aufsuchende Altenarbeit – Hausbesuche* in allen Bremer Stadtteilen ein. In diesem Zusammenhang sei auf die Pressemitteilung (Weser-Kurier vom 12.03.15, S.5) zum Thema Hohe Suizidgefahr im Alter hingewiesen. Vereinsamung, Verarmung, Mobilitäts- und Realitätsverlust sowie Ratlosigkeit und Hilfsbedürftigkeit spielen eine große Rolle dabei, dass bei einem Anteil der Menschen im Alter 65plus von 20% an der deutschen Bevölkerung diese Altersgruppe an den Selbsttötungen einen Anteil von 35% mit steigender Tendenz erreicht. Kann unsere Gesellschaft diese Entwicklung zulassen?

Bisher läuft die *Aufsuchende Altenarbeit – Hausbesuche* nur in Gröpelingen, Blumenthal, Hemelingen und Obervieland. Die Bremer Seniorenvertretung fordert die Sozialsenatorin noch einmal nachdrücklich auf, auch die übrigen Bremer Stadtteile, vor allem die sozial schwächeren, in denen viele Menschen nur über geringe Einkommen verfügen oder von Grundsicherung und niedrigen Renten leben müssen, bei der Einrichtung der *Aufsuchenden Altenarbeit – Hausbesuche* finanziell und personell zu unterstützen. Es wird im politischen Raum so viel vom Demografischen Wandel geredet, aber meistens nur im wirtschaftlichen Zusammenhang. Die sozialen Folgen bleiben gerne ausgeklammert, weil sie kein Geld bringen, sondern nur Geld kosten. Wachsende Isolation und das zunehmende Suizidrisiko bei älteren Menschen klagen unsere Gesellschaft an, immer ichbezogener, unsolidarischer und unmenschlicher zu werden. Wir sollten nicht nur darüber reden, sondern auch handeln.

Deshalb wendet sich die Seniorenvertretung an die Bremer Bürger/-innen mit der Bitte, freiwillig am Aufbau und an der Weiterentwicklung der Altenhilfe, z.B. auch der *Aufsuchenden Altenarbeit* mitzuarbeiten.

Kontakt: Aufsuchende Altenarbeit Gröpelingen, Gröpelinger Heerstr. 228, Tel.: (0421) 696 805 44
www.aufsuchende-altenarbeit.de

(**Quelle:** Gallinger, A. Sachbericht *Aufsuchende Altenarbeit-Hausbesuche*, Standort Gröpelingen, März 2015)

Gerd Feller

Frohe Ostern

Die Redaktion des DURCHBLICK und der Vorstand der Bremer Seniorenvertretung wünschen allen Leserinnen und Lesern und ihren Familien ein fröhliches, sonniges Osterfest 2015!

Impressum

Landesseniorenvertretung
Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14
Bahnhofsplatz 29
28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69
E-Mail: Seniorenvertretung@soziales.bremen.de
www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen

Redaktion:
Gerd Feller (V.i.S.d.P)
E-Mail: gerd.h.feller@nord-com.net

Der **DURCHBLICK**
erscheint monatlich auch im Internet unter
www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung/Durchblick

Redaktionsschluss: Jeweils der 15. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.

İnsanlara odaklanmak? Bu güzel olurdu!

"İnsana odaklanmak" (Kasım / Aralık 2014) "Focus- Spezial" de bir makalenin başlığı oldu. Konu "Yaşam ve Yaşlılıkta ikamet" 35 sayfada (S.93-128) Almanya'daki 856 bakımevi listesi ve bu kuruluşlardan 1800 yönetici ve bakım uzmanlarının şahsi tavsiyeleri yer almakta.
Baz listede aşağıdaki kriterlerden en az birinin yerine getirilmiş olması gerekmekte:
- Bunlar, sağlık sigortası tıbbi hizmet kalite kontrol merkezinin (Medizinischen Dienstes der Krankenkassen -MDK) kontrolünde 1,0 puan alanlar ("Focus-Spezial", Kasım / Aralık 2014, s.93). Burada, MDK tarafından ,bakım ve tıbbi bakım temini , demanslı hastalara ilgi ve davranış, sosyal bakım ve günlük tasarım, yemek, temizlik ve hijyen incelendi.
- „Grünen Haken" yeşil ok ile işaretlenen bakımevleri. Bu işaret ve onay (heim-verzeichnis.de)tarafından, sosyal içerme ve insan onuru girişimi için verilir. 4614 adet bakımevi seçilip onların yöneticilerinden diğer bakımevleri için referansları sorulmuştur. Her yönetici değerlendirmede beş bakımevini değerlendirir. Kendi bakımevlerini tavsiye etmek mümkün değil fakat yine de 1.783 yöneticiden 9.210 geçerli öneri ve tavsiye geldi. Buna ek olarak, hastaneler ve bakım destek merkezlerinden 300 uzmanla görüşülmüştür. Onların kişisel değerlendirmelerine göre dört bakımevi seçme izni verildi. "Focus-Spezial"de yer almayan kuruluşlar örneğin hedef grubu koma hastaları olan kuruluşlar dikkate alınmamıştır. "Focus-Spezial"e göre bu kurumların kalitesinden şüphe edilmemelidir. En iyi bakımevleri listesi inandırıcı bir liste değilmi ? Bu bir gerçek ki bakımevi yönetimi ve danışmanlar kendi sponsorlarına ve işverenlere bağlı ve sadece kendilerinin değil aynı zamanda onların arkadaşları ve iş ortaklarının çıkarlarınıda temsil etmektedirler. Şayet 40 veya daha fazla bakımevine sahip bir bakımevi sektöründe yöneticilerin karşılıklı birbirlerini değerlendirmesi? Burada güvenilir bir değerlendirme varmıdır? Ayrıca, bakım destek merkezlerinin kampanyaya katılma gerçeğini de düşünmek gerekir. Onların görevi aslında servis sağlayıcılarının bir değerlendirmesi değil tarafsız bir danışmanlıktır.
Bremen için toplam 108 bakımevinden bu top listede 8 bakımevi yer almakta. (Bkz. werden in Bremen, 2013/14, S.96ff)Bunlardan biri son zamanlarda haklarında pek çok şikayetlerden dolayı Bremen Yaşlılar Temsilciliği ile aralarında anlaşamamazlık ve farklılıklar olan bir bakımevi. Son zamanlarda huzurevleri ve bakımevleri hakkında basında çıkan kötü haberlere bakıldığında , Bremen Yaşlılar Tamsilciliği' nin , yaşlılara yapmış olduğu uyarıların kötüye yorumlanmaması gerekir. "Focus-Speziall" listede yer almayan kurumların bu listede olmamalarından dolayı kalitelerinden şüpheye düşülmemesini belirtmekte. Bu durumda liste daha ne için gerekli olabilirki ? Bremen Yaşlılar Temsilciliği için sadece belirli evlerin reklam destekleri kesinlikle "Focus- Spezial´in" satış artışında katkıda bulunmuştur. Fakat bakım uygulama odağının insan olduğunun bir kanıtı değildir. Kanıt sorunların azalması ve etkilenen insanların memnuniyetlerindeki artış olacaktır. Gerd Feller
(Im Mittelpunkt der Mensch ? Schön wär´s! „Durchblick“ Nr.179, S.6/7)

Dirençli organizmalar (Keime) hastanelerde hastaları tehdit ediyor

Bu günlerde Federal Sağlık Bakanlığı ve Hastaneler bir yılda 10 bin, 15 bin ya da 30 binden fazla hastanın hastane enfeksiyonları sebebi ile ölümünü tartışıyor. Çoğunlukla, bu çok dirençli (MRSA) ve (GSBL) gibi bakteriler, özellikle bağırsak bakterileridir. Bu mikroplar için raporlama mecburiyeti bazı durumlarda bugüne kadar çok az olarak var. Böylece, Robert Koch Enstitüsü somut açıklamalar yapamıyor. Bu konuda spekülasyon çok olup sağlık kurumlarında sadece yaklaşık veriler mevcut. Bu durumda ne yapılmalı? Daha hastane alınışında taramanın yapılması gerekir. Özellikle hastanelerin temizliği için daha fazla para ve çaba gerekir .Temizlik süreçlerinin niteliği ve niceliği ve personelin eğitimi ve kontrol önemlidir. Hijen uzmanlarının görüşlerininde sorulması gerekir. Personel ve istasyon yöneticilerinin bakım ve düzenleme becerileri genellikle eksik , kesin ve mutlak olan , özellikle tıbbi operasyon önerileri az dikkate alınıyor. Almanya´da yıllık 18 miliyon hasta, hastaneler için önemli bir kazanç.Şayet hastalarda en az tedavi süresi dikkate alınmazsa gelirde orantısız artış gözlenmektedir. Sorumlu hekimler ile özel olarak konuşmak istenildiğinde ekseriyetle verilen cevap:"Bizim daha önemli işlerimiz var"! Ve politika bir kez daha hastalar için bu konuya daha basit olarak bakıyor .Hastanelerin sağlık önlemlerini, sağlık otoriteleri ve hastane yönetimlerine, sağlık sigortasına birakiyor. Hastanelerde en iyi hijyenik davranış ve önlemler de mevcut fakat bu özellikle özel olan büyük hastanelerde görülmektedir. Günter Steffen
Resistente Keime bedrohen die Patienten im Krankenhaus, „Durchblick“ Nr. 180, S.3/4)

Yaşlılar temsilciliği politik partilere, dini mezheplere mensup olmayan ve Bremen senatosu tarafından onaylanmış politik bir temsilcilikdir.

PLD de devamlılık sorunu var!

Uzun bir aradan sonra 11/10/14 tarihinde, Bremen Eyalet Yaşlılar Temsilciliği ve Bremen Şehri Yaşlılar Temsilciliği'nin de temsil edildiği ,yuvarlak masa hospiz ve palyatif tıp (Runde Tisch Hospiz und Palliativmedizin -RTHP- Sosyal İşler Senatörlüğünde bir araya geldi. Gündem olarak , Bremen Eyaletinde hastanelerde palyatif hizmeti (PLD) gelişimi vardı (bkz. "Durchblick" 169, s.1 / 2). 2010 yılında "Links der Weser Hastanesi "nde iki yıllık bir pilot proje başlatılmıştı. Zaten 2011 yılı başlarında ,Bremen'deki hastanelerden eski Sağlık Senatörü "Pilot projenin değerlendirilmesi ışığında palyatif hizmet uygulaması "nın mümkün olup olmadığının araştırılmasını istemişti. Pilot projenin sonuçları Aralık-2013 RTHP 7. toplantısında incelendi ve PLD in,tıbbi personelin beceri ve önerilerinde olduğu gibi ölümcül hasta ve aileleri için çok yararlı katkıda bulunduğu ele alındı. Yaşlılar Temsilciliği'nin ,PDL in Bremen Eyaletinde hastanelerde uygulanması talebi Senato'nun 21.01.14 tarihli oturumda ele alındığı 22.01.14 tarihli yazı ile bildirildi.

RTHP son toplantısı, PLD de hemen hemen hiç bir gelişme olmadığını gösterdi. Sağlık dairelerinin ölümcül hastalar yararına bu tür hizmetlerin kurulması talebi boşa çıkmış gibi görünüyor. Anlaşmazlıklar, yetkinlik ve finansman konularında . Şimdiye kadar genellikle tüm hastanelerde standart hizmet olarak PLD in tanınması için bir federal mevzuat yok. Bremen Yaşlılar Temsilciliği PLD in bir standart hizmet olarak hastaneler tarafından kabul edilmesi için, Bremen' de bu konuda yetkili mercilerin harekete geçirilmesini Senato Başkanı ,Belediye Başkanı Böhrnsen'den 20.11.14 tarihli bir mektupla rica etti. Bremen kliniklerinin ciddi olarak biraraya gelip PLD girişimindeki konumlarını ortaya koymaları yararlı olacaktır. Bu işlemlere, maliyet taşıyıcıları dahil edilmeli ve PLD'nin anlamı ve gayesi konusunda ikna edilmeleri gerekir.

Gerd Feller

(Beim PLD geht es nicht weiter! „Durchblick“ Nr.179, S.7)

Anneler için emeklilik fiyaskomu?

Federal hükümet büyük bir propaganda ile anneler için emeklilik kabulünü büyük bir başarı olarak göstermiştir. Ne yazık ki, gerçek oldukça farklı. Emeklilik den yararlanan anneler mağdur olan kadınların % 30 undan fazla değildir. Birçok anneler , özellikle çok çocuk yetişdirdikleri için emekliliklerinde kesinti ve dolayısıyla düşük emeklilik hakları olduğu ortada. Özellikle bu anneler, anne emekliliğini çabaları için bir ödül olarak görüyorlardı. Malesef bu hayal çok uzakda! Emeklilik geliri yaşam için yeterli değilse, yaşlılık güvenliğinin Sosyal Hizmetler Dairesi'den talep edilmesi gerekiyordu. Bu ümit çok hızlı bir şekilde yok oldu ; Anneler için emeklilik, Sosyal Hizmetler Dairesi tarafından emekli aylığı ile beraber hesaplanacak ve bu nedenle emekli maaşından fazla birşey kalmıyor. Ayrıca Sosyal Hizmetler Kurumu tarafından normal emeklilik artışı düşülüyor , böylece fiyat artışları için dengeleme ortadan kalkıyor. Federal Hükümet emeklilik sigortası kapsamında anneler için emeklilik planladı ve Sosyal Hizmetler faydaların çekilmesi ile hafifletildi.Yani bir aldatmaca!Sol cepten sağ cebe ! Anneler hala durumlarında bir iyileşme bekliyor. Ernst Benthien

(Mütterrente ein Flop? „Durchblick“ 180, S.3)

Yaşlı sürücülerden dolayı fazla risk yok

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen´lerin , 2011-2020 yıllarında yol güvenliği programının uygulanmasına ilişkin sorularına Federal Hükümet ,yaşlı otoyol kullanıcılarının trafikte özellikle yüksek risk teşkil etmedikleri yanıtını verdi.

Ancak, bu hedef grup için demografik gelişmeler gözönüne alındığında özel yol güvenliği önlemlerinin planlandığını belirtti (Gönüllü sağlık kontrolünün Tanıtım ve doktorların danışmanlık becerilerini geliştirmek).

(**Kaynak:** BAGSO aktuell Redaktion, bask.23, 18.12.14)
(Kein hohes Risiko durch ältere Fahrer, „Durchblick“ Nr. 180,S.8)

ARD programının tekrarı "Der 7. Sinn"

Hamburg Eyaleti Yaşlılar Konseyi "Der 7. Sinn" – yedinci his -programının tekrarlanmasını ARD başkanı , Lutz Marmor'dan rica etti. O, yol güvenliği koşulları konusunda bilgilendirme zorunluluğunu belirtiyor ve özellikle yaşlılar ve engelliler için yürüyüş ve bisiklet yollarının olduğu gibi karşıdan karşıya geçişlerinde daha tehlikeli hale geldiğini belirtiyor (buda birçok yol kullanıcılarının saygı ve disiplin eksikliğinden kaynaklanmakta).

(**Kaynak:** BAGSO aktuell Redaktion, bask.23, 18.12.14)
(Wiedereinführung der ARD-Sendung „Der 7.Sinn“, „Durchblick“ 180, S.8)

Tercüme: Dipl.jur. Feride Abdeljalil
Editör: Zeynep Sümer
(Mit Unterstützung der Senatskanzlei, Referat Integration)